

Entschließungsantrag

der AfD-Fraktion

ZU:

Antrag auf Aktuelle Stunde der AfD-Fraktion - Krieg in Europa, Energiekrise und Inflation - Jetzt die Lehren ziehen! - Drucksache 7/5540 vom 10.05.2022

Zukunftssicherung durch Politikwechsel - Brandenburg aus den ideologischen Fesseln linksgrüner Politik befreien

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. das im Koalitionsvertrag festgelegte Ziel der Klimaneutralität bis auf weiteres nicht weiterzuverfolgen,
2. die Nutzung der heimischen Braunkohle zur Energiegewinnung zunächst unbeschränkt fortzusetzen,
3. den Weiterbetrieb der PCK Schwedt mit russischem Erdöl zu gewährleisten,
4. allen Versuchen entgegenzutreten, die darauf hinauslaufen, das Heizen mit Holz in Brandenburg zu verbieten,
5. durch Unterstützung der Brandenburger Landwirte den Selbstversorgungsgrad Brandenburgs mit Lebensmitteln zu steigern,
6. die Errichtung von Freiphotovoltaikanlagen auf landwirtschaftlichen Nutzflächen zu untersagen,
7. alle vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländer unverzüglich abzuschicken und
8. durch Kontrollen an der brandenburgisch-polnischen Grenzen dafür zu sorgen, dass die Identität aller Flüchtlingen und illegalen Migranten festgestellt wird.

Weiterhin wird die Landesregierung aufgefordert, sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, dass

1. die bisherige Länderöffnungsklausel in § 249 Absatz 3 des Baugesetzbuches nicht aufgehoben wird,
2. keine weiteren Waffen aus Deutschland in die Ukraine geliefert werden,

Eingegangen: 17.05.2022 / Ausgegeben: 17.05.2022

3. die deutsche Bundesregierung den Kriegsmodus verlässt und sich als „ehrlicher Makler“ für einen Waffenstillstand in der Ukraine einsetzt,
4. die Aussetzung der Wehrpflicht in Deutschland zum nächstmöglichen Zeitpunkt beendet wird.

Begründung:

Die Idee der Klimaneutralität, die Brandenburg erst in die Zwangslage gebracht hat, bald vollständig von ausländischen Energieimporten abhängig zu sein, hat sich als völlig wirklichkeitsfern erwiesen. Die sogenannten Erneuerbaren Energien sind ein rein ideologisches Projekt, das selbst bei Verwirklichung nicht in der Lage wäre, die Sicherheit der Energieversorgung zu gewährleisten. Die bestehenden und sich weiter anbahnenden Probleme unserer Energieversorgung führen uns vor Augen, dass sich die Wirklichkeit nicht durch Ideologie austricksen lässt. Zudem reiben sich die Energiewende-Lobbyisten die Hände, denn sie sind eindeutig ein Kriegsgewinner, die ihren Profit auf Kosten der einfachen Bürger maximieren. Dieser würde noch einmal eine Steigerung erfahren, wenn die Pläne des Bundesumweltamtes, das Heizen mit Holz wegen der Feinstaubemissionen zu verbieten, Wirklichkeit werden sollten.¹ Die Landesregierung muss alles tun, um das zu verhindern.

Die einzige bezahlbare und kurzfristige Möglichkeit, die Energieversorgung in Brandenburg zu gewährleisten, ist die Absage an das Ziel der Klimaneutralität bis 2050. Dazu gehören sowohl die weitere Nutzung der Braunkohle zur Energiegewinnung, als auch der Weiterbetrieb des PCK Schwedt mit russischem Erdöl. Das geplante Ölembargo gegen Russland wird diese Situation noch einmal ohne Not verschärfen und den Wirtschaftskrieg auf dem Rücken der Brandenburger austragen. Dass es möglich ist, sich diesem Projekt der EU zu verweigern, zeigt das Beispiel Ungarn, das angekündigt hat, das geplante Embargo nicht mitzutragen. In diesem Sinne muss die Brandenburger Landesregierung auf die Bundesregierung einwirken. Es geht dabei nicht nur darum, den wirtschaftlichen Tod der Uckermark zu verhindern, sondern auch um die Sicherstellung der Mobilität in ganz Nordostdeutschland und dem angrenzenden Teil Polens. Ohne die Erzeugnisse der PCK Schwedt bewegt sich in diesem Teil Deutschlands bald kein Auto und kein Flugzeug mehr.

Auch der Versorgung mit Lebensmitteln hat sich als unsicher herausgestellt. Nicht wegen des Krieges in der Ukraine, sondern aufgrund hausgemachter Probleme, die durch den Krieg für alle spürbar wurden. Der Selbstversorgungsgrad Brandenburgs mit landwirtschaftlichen Produkten fällt seit vielen Jahren. Im letzten Jahr wurde bekannt, dass der Selbstversorgungsgrad mit Kartoffeln, des Brandenburger Grundnahrungsmittels schlechthin, in der Region Berlin-Brandenburg mittlerweile unter 30 Prozent liegt.²

¹ Vgl.: „Heizen mit Holz sollte maximal nur noch mit Filter gestattet sein“, in: <https://www.rbb24.de/studiofrankfurt/beitraege/2022/02/energie-heizen-holz-umwelthilfe-schornsteinfeger-grosslindow.html> (18.02.2022), abgerufen am 16.05.2022.

² Vgl.: „Berlin/Brandenburg: Selbstversorgungsgrad bei Kartoffeln fällt unter 30 %“, in: <https://www.topagrar.com/acker/news/berlin-brandenburg-selbstversorgungsgrad-bei-kartoffeln-faellt-unter-30-12660505.html> (20.08.2021), abgerufen am 16.05.2022.

Die Landesregierung muss alles unternehmen, um den Selbstversorgungsgrad mit landwirtschaftliche Produkten zu steigern. Dazu ist es notwendig, die Errichtung von Freiphotovoltaik auf landwirtschaftlich nutzbaren Flächen³ zu untersagen.

Aber auch in anderer Hinsicht ist es Zeit zu handeln: die Grenzen müssen geschützt werden, wir müssen wissen, wer nach Brandenburg einreist. Das war vor dem Ukraine-Krieg richtig, und das es heute erst recht. Durch den Ukraine-Krieg sind hunderttausende Menschen aus der Ukraine nach Deutschland geflohen, ohne dass bislang eine genaue Zahl verfügbar wäre. In Brandenburg weiß die Regierung ebenfalls nicht, wie viele und wer eingereist ist.⁴ Insbesondere sog. Drittstaatler, die gem. den Vorgaben der sog. Massenzustromrichtlinie⁵ nicht den Schutzstatus der Ukrainer genießen, weil sie am 24.2.2022 keinen dauerhaft gesicherten Aufenthaltsstatus in der Ukraine genossen haben, so wie das bei den angeblichen Studenten vor allem aus Afrika und dem Nahen Osten der Fall ist, dürfen insoweit also nicht einfach ins Land gelassen werden. Die Verfahren von Personen ohne ukrainische Staatsbürgerschaft bzw. von Personen, die keine Ausweisdokumente mit sich führen, sind beschleunigt zu bearbeiten, um eine zeitnahe Rückführung in die sicheren Heimatländer dieser Drittstaatler zu gewährleisten.

Ebenso muss die Landesregierung für die sofortige Abschiebung aller vollziehbar ausreisepflichtigen Ausländer im Land Brandenburg sorgen. Nur so kann der Überforderung des Sozialstaates und der gesellschaftlichen Spaltung entgegengewirkt werden. Die Untätigkeit der Landesregierung in dieser Frage⁶ (Vgl. Drucksache 7/1931) ist eine Verhöhnung der Brandenburger, die darauf vertrauen, dass sich die Politiker gesetzestreu verhalten. Auch bei diesem Missstand handelt es sich um die Auswirkungen ideologischer Vorgaben, die zu Lasten der Brandenburger gehen.

Bundesrechtliche Gesetzgebung sind dort sinnvoll, wo die Gegebenheiten bundesweit weitgehend gleichartig sind, z.B. bei Gesetzen zum Bevölkerungsschutz, Katastrophenschutz u.ä. Im Planungsrecht müssen jedoch individuelle landestypische Gegebenheiten, wie die Topographie (Stadtstaat oder Flächenland), Bevölkerungsdichte und daraus resultierende Planungsbedürfnisse und -ziele z.B. in der Wohnraumversorgung, Verkehrsplanung etc. Berücksichtigung finden. Genau darin liegt die Notwendigkeit und die Stärke der Landesgesetzgebung gegenüber bundeseinheitlich identischen Regelungen. Deswegen muss § 249 (3) im Baugesetzbuch weiter bestehen bleiben.

Die Bundesregierung befindet sich im Kriegsmodus und ist entschlossen, der Ukraine, und damit in ein Kriegsgebiet, weitere Waffen, darunter auch schwere, zu liefern. Jeder Waffenexport muss von der Bundesregierung genehmigt werden, so dass die Möglichkeit besteht, eine weitere Eskalation zu verhindern, indem die Waffenexporte untersagt werden.

³ Vgl.: *Vorläufige Handlungsempfehlung des MLUK zur Unterstützung kommunaler Entscheidungen für großflächige Photovoltaik-Freiflächensolaranlagen (PV-FFA)* vom 19.03.2021.

⁴ Vgl.: „14.000 ukrainische Geflüchtete in Brandenburg erhalten Gesundheitskarten“, in: <https://www.rbb24.de/politik/thema/Ukraine/beitraege/gesundheitskarte-gefluechtete-ukraine-brandenburg.html> (22.04.2022), abgerufen am 16.05.2022.

⁵ Vgl.: Richtlinie 2001/55/EG des Rates vom 20. Juli 2001 über Mindestnormen für die Gewährung vorübergehenden Schutzes im Falle eines Massenzustroms von Vertriebenen und Maßnahmen zur Förderung einer ausgewogenen Verteilung der Belastungen, die mit der Aufnahme dieser Personen und den Folgen dieser Aufnahme verbunden sind, auf die Mitgliedstaaten.

⁶ Vgl.: Drucksache 7/1931.

Es ist im Interesse Brandenburgs, dass der Krieg in der Ukraine so schnell wie möglich endet, da Brandenburg sowohl von den gegen Russland verhängten Sanktionen als auch anderen Sekundärfolgen des Krieges, wie z.B. Kriegsflüchtlinge, am stärksten betroffen ist. Die Landesregierung muss daher alles tun, um diesen Krieg nicht noch zusätzlich anzuhetzen. Deutschland verfügt durch seine geopolitische Mittellage traditionell über ein großes Interesse an einem friedlichen Zusammenleben der europäischen Völker. Es wäre eine gute Gelegenheit die deutsche Tradition, als "ehrlicher Makler" aufzutreten, die Bismarck 1878 auf dem Berliner Kongress begründete, wiederzubeleben. Denn Deutschland hat an diesem Konflikt keinerlei Interesse und kann daher neutral auftreten. Der gegenwärtige Kriegsmodus der Bundesregierung führt dazu, dass Deutschland Kriegspartei wird. Das muss verhindert werden!

Gleichzeitig zeigt der Krieg in der Ukraine, dass es keine Friedensdividende gibt. Die einseitige Abrüstung, die sich Deutschland auferlegt hat, und die Aussetzung der Wehrpflicht haben sich als blauäugig erwiesen. Hinzu kommt, dass sich die vermeintliche Schutzmacht USA in den letzten von Europa abgewendet und Asien zugewendet, und ihre Prioritätensetzung verändert hat. Dadurch ist die Diskrepanz zwischen europäischen und amerikanischen Interessen deutlich geworden. Deutschland muss daher in der Lage sein, sich selbst verteidigen zu können. Dazu bedarf es einer entsprechend ausgestatteten Armee und politischer Souveränität, die dafür sorgt, dass Deutschland nicht in Konflikte hineingezogen wird, die seine Interessen nicht tangieren.⁷

⁷ Vgl.: Josef Braml: *Die transatlantische Illusion. Die neue Weltordnung und wie wir uns darin behaupten können*, München 2022, S. 146-149.